

Die Parteibesprechungen in Berlin.

Friedensresolution der deutschen, der österreichischen und der ungarischen Sozialdemokratie.

Sofort nach dem Siege der russischen Revolution hat der Arbeiterdelegiertenrat zu Petersburg seinen Friedenswillen bekundet, und sofort sind von der Sozialdemokratie des Deutschen Reiches und Oesterreich-Ungarns Vorbereitungen getroffen worden, um einerseits eine Fühlung mit den Vorkämpfern des Friedens in Rußland herzustellen und andererseits das Internationale Büro im Haag zur Vermittlung aufzurufen. Bei der Unterbindung oder Erschwerung des internationalen Verkehrs läßt sich ein Gedankenaustausch nur äußerst schwierig bewerkstelligen. Um eine raschere Verbindung zu schaffen, hat die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs, wie bereits gemeldet, die Genossen Adler, Krenner und Seih, die ungarische die Genossen Garami und Weltner nach Berlin entsendet, wo sich diese Abordnungen zunächst mit der deutschen Sozialdemokratie beider Richtungen ins Einzelne setzten und mit diesen gemeinsam mit den ausländischen Parteien über die Einberufung einer internationalen Konferenz in Verhandlung traten.

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands hielt Dienstag und Mittwoch eine Vollversammlung des Parteiausschusses ab; diese Vollversammlung, an der die österreichische und die ungarische Abordnung teilnahmen, beriet die Kriegs- und Friedensfrage und ergriff sofort die Gelegenheit, den Sieg des russischen Volkes über den Zarismus mit begeisterter Teilnahme zu begrüßen und auf den letzten Beschluß des Arbeiterdelegiertenrates über den Frieden zu antworten. Die Versammlungsvredner und der Berichterstatter Scheidemann stellten fest, daß sich die Auffassungen der sozialdemokratischen Partei Deutschlands über die Möglichkeit und den Inhalt des Friedens und die Notwendigkeit eines raschen Friedensschlusses mit dem Beschluß des Delegiertenrates so vollständig decken, daß sich die wörtliche Uebnahme des Beschlusses empfehle. Stimmeneinhellig und unter großem Beifall beschloß der Parteiausschuß die folgende

Resolution zur politischen Neuordnung und zur Friedensfrage.

Der Parteiausschuß und der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben in gemeinsamer Sitzung mit den Vorständen der Fraktionen des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses sowie der Landeskommission für Preußen am 19. April einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

Wir bekräftigen den unüberbrüchlichen Entschluß der deutschen Arbeiterklasse, das Deutsche Reich aus diesem Kriege als ein freies Staatswesen hervorgehen zu lassen. Wir fordern die sofortige Beseitigung aller Ungleichheiten der Staatsbürgerrechte in Reich, Staat und Gemeinde sowie die Beseitigung jeder Art bürokratischen Regiments und seine Ersetzung durch den entscheidenden Einfluß der Volksvertretung.

Mit Entschiedenheit verwerfen wir die von den feindlichen Regierungen verbreitete Zurechnung, daß die Fortführung des Krieges nötig sei, um Deutschland zu freiherrlichen Staatsverrichtungen zu zwingen. Es ist Aufgabe des deutschen Volkes allein, seine inneren Einrichtungen nach seinen Ueberzeugungen zu entwickeln.

Wir begrüßen mit leidenschaftlicher Anteilnahme den Sieg der russischen Revolution und das durch ihn entfachte Wiederaufleben der internationalen Friedensbestrebungen. Wir erklären unser Einverständnis mit dem Kongreßbeschlusse des russischen Arbeiter- und Soldatenrates, einen gemeinsamen Frieden vorzubereiten, ohne Annexionen und Kriegsschädigungen auf der Grundlage einer freien nationalen Entwicklung aller Völker.

Wir betrachten es daher als die wichtigste Pflicht der sozialdemokratischen Partei Deutschlands wie der Sozialisten aller anderen Länder, die Macht-

träume eines ehrgeizigen Chauvinismus zu bekämpfen, die Regierungen zum klaren Verzicht auf jegliche Eroberungspolitik zu drängen und so rasch als möglich entscheidende Friedensverhandlungen auf dieser Grundlage herbeizuführen. Kein Volk darf durch den Friedensschluß in eine demütigende und unerträgliche Lage gedrängt werden, sondern jedem muß die Möglichkeit gegeben sein, durch freiwilligen Beitritt zu einer überstaatlichen Organisation und Anerkennung einer obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit den dauernden Bestand der künftigen Welt sichern zu helfen.

Im Namen der deutschösterreichischen und der ungarischen Sozialdemokratie erklärten hierauf Adler und Garami, diesem Beschluß vollinhaltlich und vorbehaltlos beizutreten, und bekundeten der russischen Arbeiterklasse die gleiche bewundernde Anteilnahme an ihrem Freiheitskampf und ihre volle Bereitschaft zur tatkräftigsten Mitarbeit an einem Frieden ohne Annexionen und ohne Kriegsschädigung auf der Grundlage einer freien nationalen Entwicklung aller Völker.

Die Vorverhandlungen der in Berlin vereinigten Parteien Deutschlands und Oesterreich-Ungarns mit dem Internationalen Büro und einzelnen auswärtigen Bruderparteien sind so weit gediehen, daß die Abhaltung einer internationalen sozialistischen Konferenz in nächster Zeit wahrscheinlich geworden ist.